

Projekt InnoMOB II

UMSETZUNG INNOVATIVER MOBILITÄTSKONZEPTE IM GROSSVOLUMIGEN WOHNBAU

Pilotprojekte zur Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte
durch gemeinnützige Bauträger

Ein Forschungsprojekt der NÖ Wohnbauforschung

ENDBERICHT 2022

Kurzfassung

| | |
|-----------------|---|
| Projektkronym: | InnoMOB II |
| Projektleitung: | Universität für Weiterbildung Krems (Donau-Universität Krems): Dipl.-Ing. Rudolf Passawa, MAS |
| Projektpartner: | HERRY Consult GmbH Dipl.-Ing. Markus Schuster |
| Verfasser: | Universität für Weiterbildung Krems (Donau-Universität Krems): Dipl.-Ing. Rudolf Passawa, MAS HERRY Consult GmbH: Mag. ^a Irene Steinacher |
| Datum: | 28.02.2023 |

Dieses Forschungsprojekt wurde dankenswerter Weise vom Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Wohnungsförderung/Wohnbauforschung, gefördert.



Kurzfassung

Ausgangslage

Die Niederösterreichische Wohnbauförderung setzt bedeutende Impulse für die Gebäudeenergieeffizienz und leistet damit einen Beitrag zur Minimierung der gebäudeinduzierten CO₂-Belastungen. Zum Erreichen der ambitionierten Klimaschutzziele muss der Wohnbau auch im Kontext mit seiner Umgebung gesehen werden. Die Schaffung von Wohnraum induziert Verkehr. Vor allem die Zersiedelung im ländlichen Raum führt zu einem stetigen Zuwachs des motorisierten Individualverkehrs. Neben raumplanerischen Ansätzen zur besseren Erschließbarkeit müssen Lösungen zur Attraktivierung nachhaltiger und innovativer Mobilitätsmöglichkeiten beispielsweise für die „erste und letzte Meile“ vom und zum Wohnort bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gefunden werden.

Projekthalt

Anknüpfend an die Vorgängerstudie „InnoMOB“, die Möglichkeiten zur Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte für Wohnbauträger untersucht hat, ist nun die Erarbeitung konkreter Mobilitätslösungen und die Erprobung der praktischen Umsetzbarkeit das Ziel. Die vorliegende Forschungsarbeit „InnoMOB II“ zeigt innovative Mobilitätskonzepte an ausgesuchten Wohnbauvorhaben in repräsentativen niederösterreichischen Gemeinden, die gemeinsam mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern unter Einbindung der Gemeinden und des Landes Niederösterreich gestaltet wurden. Abschließendes Ziel ist es, klimaverträgliche Mobilität im niederösterreichischen Wohnbau zu etablieren und mit zielgerichteten Förderungsmaßnahmen zum Durchbruch zu verhelfen.

Methodik

Zunächst wurden Förderkriterien für Mobilitätsmaßnahmen von Bauträgern sowie begleitende Maßnahmenempfehlungen für Gemeinden erarbeitet. Auf Grundlage dieser Mobilitätsmaßnahmenkataloge wurden mit fünf ausgewählten Bauträgern in Planung befindliche oder bestehende Wohnbauten in unterschiedlichen NÖ Gemeinden ausgesucht, bei welchen im Zuge von Workshops alternative Mobilitätskonzepte für Bauträger und Gemeinden erarbeitet wurden.

Förderkriterien und Empfehlungen für Mobilität im Wohnbau

Auf Grundlage eines klimaaktiv-Maßnahmenhandbuchs des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) verfasste das Projektteam Kriterienkataloge für von Bauträgern anwendbare Mobilitätskonzepte bzw. für Empfehlungen für Gemeinden, mit den Inhalten:

Für Wohnbauträger: Motorisierter Individualverkehr
Fuß- und Radverkehr
Alternative Angebote
Wählbare „Joker-Maßnahmen“

Für Gemeinden: Nutzungs- und Mobilitätskonzepte
Motorisierter Individualverkehr
Fuß- und Radverkehr
ÖV-Angebot und alternative Angebote

Workshops zu Mobilitätskonzepten im Wohnbau

Das Projektteam lud zu Workshops in fünf NÖ Gemeinden, bei welchen für insgesamt sieben Wohnbauvorhaben maßgeschneiderte Mobilitätsmaßnahmen erarbeitet wurden, die Bauträger in die weitere Projektplanung aufnehmen können, und die auf vorhandenen oder geplanten Verkehrslösungen der Gemeinden beruhen.

An der Forschungsstudie nahmen Vertreter der folgenden gemeinnützigen Bauvereinigungen sowie der betreffenden Gemeinden teil:

- **Alpenland** – Gemein. Bau-, Wohn- u. Siedlungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H., Stadtgemeinde **Baden**
- **GEDESAG** – Gemeinnützige Donau- Ennstaler Siedlungs-Aktiengesellschaft, Stadtgemeinde **Mank**
- **Heimat Österreich** – Gemein. Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft m.b.H., Stadtgem. **Pressbaum**
- **WAV** – Gemein. Bau- und Siedlungsgenossenschaft Waldviertel, Marktgem. **Schwarzenau**
- **Gewog Arthur Krupp** – Gemein. Bau- und Wohnungsgenossensch, G.m.b.H., Marktgemeinde **Reintal / Bernhardsthal**

Ziel war die Bereitschaft zur Umsetzung der diskutierten Mobilitätsmaßnahmen auszuloten, auch mit Blick auf eine eventuelle künftige Erfolgsvaluierung der implementierten Maßnahmen:

- ✓ Welche der in Planung befindlichen bzw. der im Workshop erarbeiteten Mobilitätsvorschläge haben das Potenzial, ernsthaft umgesetzt zu werden?
- ✓ Welche Mobilitätsmaßnahmen werden eventuell Anwendung finden?
- ✓ Welche Mobilitätsvorschläge werden nicht in Betracht kommen?

Bewertung der Workshopergebnisse

1. Allgemein anwendbare Mobilitätskonzepte sind für Wohnbauträger bei gleichartigen künftigen Wohnbauvorhaben unter anderem:

- Errichtung von (e-)Fahrradinfrastruktur, wie versperrbare Abstellräume und Reparaturmöglichkeiten,
- Frühzeitige Vereinbarungen mit der Gemeinde über objektbezogene Mobilitätskonzepte,
- Informationspakete und elektronische Information über alternative Mobilitäts- und ÖV-Verkehrsmöglichkeiten, ÖV-Schnuppertickets für Zuzügler*innen,
- Bereitstellung der Infrastruktur für (e-)Carsharing und Fahrradverleih,

sowie im städtischen Umfeld:

- Verringerung der KFZ-Stellplätze in Vereinbarung mit der Gemeinde,
- Bereitstellung der Infrastruktur für (e-)Carsharing und Fahrradverleih,
- Öffentlich nutzbare Durchwegungen auf dem Areal großflächiger Wohnhausanlagen.

2. Individuelle Mobilitätsmaßnahmen

In den Workshoprunden zeigte sich, dass vor allem im ländlichen Bereich nur ein beschränkter Spielraum für Ansätze individueller Mobilitätslösungen besteht. Hier sind Verkehrskonzepte der Gemeinden Voraussetzung für Konzepte von Bauträgern.

Im städtischen Umfeld bieten sich in Vereinbarung mit der Gemeinde an:

- „Themenwohnbau“ – Ausrichtung auf bestimmte Nutzer*innen-Zielgruppen,
- Autofreie Zone mit Entfall oder Verringerung der KFZ-Pflichtstellplätze.

3. Vorbehalte zu Mobilitätsmaßnahmen

- Betreffend Informationsangebote für Bürger*innen sehen Bauträger mehrheitlich die Gemeinden in der Verantwortung.
- Bei Gemeinschaftseinrichtungen, wie zentrale Fahrradabstell- und Werkstatträume u.dgl., wurde Vandalismus- und Diebstahlfahr als Hindernis zur Umsetzung angeführt.
- Im ländlichen Umfeld finden Hausverwaltungen nur schwer Dienstleister für Betrieb und Instandhaltung von dauerhaften Einrichtungen, wie Carsharing, Bike-Verleih, u.dgl.

- Bei bestehenden und schon bewohnten Wohnhausanlagen sind alternative Mobilitätskonzepte aufgrund abgeschlossener Bau- und Mietverträge sowie fertiger Gebäude- und Außenraumgestaltung erschwert umsetzbar.

Empfehlungen

Aus den Ergebnissen der Workshopgespräche wurden konkrete Empfehlungen und Hinweise an gemeinnützige Wohnbauträger für Mobilitätskonzepte, sowie Empfehlungen an Gemeinden für relevante Mobilitätsinfrastruktur- und Verkehrsmaßnahmen formuliert.

Weiters enthält die vorliegende Studie Anregungen für legislative Präzisierungen im niederösterreichischen Raumordnungs-, Bau- und Wohnrecht sowie für die Integration von Mobilitätsförderkriterien in der NÖ Wohnbauförderung.

Ausblick

Das Projektteam bietet als Fortsetzung der Workshopgespräche im Rahmen eines beschränkt dotierten Ergänzungsprojekts „InnoMOB II+“ weitere Vernetzungworkshops für Bauträger untereinander an, sowie auch Informations- und Vernetzungstreffen mit interessierten Gemeinden.

Zur Evaluierung des Erfolgs der in den Workshops erzielten Resultate ist geplant, nach Fertigstellung der Pilotprojekte, voraussichtlich nach 2025, in einer zu beauftragenden Folgestudie „InnoMOB III“ den Erfolg der bis dahin umgesetzten alternativen Verkehrslösungen anhand der Erfahrungen der Wohnbauträger, der Bewohner*innen und der Gemeinden zu erheben.